

Er scheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haj,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 Mk. 50 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 2ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Kgr. Sachsen
u. Herzogth. Sachsl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 109.

Mittwoch, 22. September.

1875.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. October beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. pro Quartal, 54 Pf. pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutschen Postanstalten nehmen Abonnements entgegen.

Jenen Abonten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

für Frankreich 5 Mark.

Couvertsendungen wöchentlich 3mal 10 Mark.

1mal 4,80 Mark.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzufenden.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. (18 Ngr.) pro Quartal und 60 Pf. (6 Ngr.) pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Zeigerstraße 44, und bei Colporteur Müller. Für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: Volkmarzdorf, Reudniz, Neuschönefeld, zc. zc. bei Frau Engel, Reudniz, Feldstr. 14, Hof 1 Tr., für Connewitz zc. bei Teubert, Vornaischestr. Nr. 19, für Kleinzschocher und Umgegend bei Fleischer, Schloßgasse 13 das., für Thonberg und Reudniz bei Zschau, für Plagwitz und Lindenau bei Schuster, Werseburgerstraße Nr. 26, für Gohlis zc. bei D. Penkert, Hauptstraße Nr. 19, für Stötteritz bei Fr. Vogenitz, Kirchweg Nr. 15.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 75 Pf. (7 1/2 Sgr.) frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Mustauerstraße 45; Rubenow, Brunnenstraße Nr. 34 im Laden.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat.“

An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für Oktober Seiten einer Postexpedition, wollen sich die Betreffenden auf das Circular vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonnements auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat.“

Die soziale Frage

vom Standpunkte eines Kopfarbeiters aus betrachtet.

I.

Zweck des Menschenlebens und Mittel denselben zu erreichen.

(Schluß.)

Man möge ferner bedenken, daß in der Natur der Kampf ums Dasein zwischen Individuen nur bei Thieren stattfindet, die isolirt leben; bei gesellschaftlich lebenden Wesen wird es ein Kampf zwischen den Gesellschaften. Innerhalb derselben ist keine Konkurrenz, der Stärkere beraubt nicht den Schwächeren, er schlägt ihn. Der Kampf ums Dasein aber, wie sein Ideal den Manchestermännern vorkam, wäre und ist eine Zerreißung der Gesellschaft. Nur bei gesellschaftlichen Thieren ist bewußter Fortschritt möglich. Ein Individuum, das allein lebt, wird seine Entdeckungen und Erfahrungen sorgfältig geheim halten, da es seinen Concurrenten zu seinem eigenen Schaden nützen würde, wenn es sie ihnen mittheilt. Mit seinem Tode verschwinden auch seine Erfahrungen wieder. Ein geselliges Thier dagegen wird mit seinen Entdeckungen nicht zurückhalten, es vermehrt sie durch seinen Nachkommen, wenn es seinen Genossen nützt, sie vergehen nicht mit ihm, da zahlreiche Genossen es überleben. So war ein Fortschritt innerhalb der Gesellschaft gerade da möglich, wo kein Kampf ums Dasein wüthete. Der Mensch steht aber noch auf einer höheren Stufe, er scheint sich nicht mehr, seine Entdeckungen auch anderen Gesellschaften mitzuthellen und damit hat er das Tempo seines Fortschrittes wieder beschleunigt. Je internationaler der Mensch, desto schneller geht seine Bervollkommnung vor sich. Man bedenke nur die Isolirtigkeit der Staaten im Mittelalter und ihren langsamen Fortschritt im Vergleich zu dem heutigen.

Den Kampf ums Dasein innerhalb der Gesellschaft als Causalmotor einzuführen, heißt zurückkehren in die Voraffen-Zeit.

Glücklicherweise ist das unmöglich, der Instinkt der Gemeinschaft ist dem Menschen zu tief eingewurzelt, als daß er es vermöchte, seine Erfahrungen für sich zu behalten. Engherzige Seelen, die das thun, sind nie große Denker gewesen — je größer der Mann, desto mehr ist der Gemeinstinn in ihm entwickelt, desto mehr sucht er seine Ideen zu verbreiten.

Wenn aber dennoch Leute den Kampf ums Dasein anpreisen, der in voller Reinheit im gesellschaftlichen Leben nicht existirt und nicht existiren kann, so liegt der Grund darin, daß das Bewußtsein schon so entwirrt ist, daß es dem Instinkt der Gemeinschaft oft die Wage hält, aber noch nicht so entwickelt, um zu sehen, wie nothwendig die Gemeinschaft zum Fortschritt ist. Diesen Instinkt zu erlösen, ist die organisirte Gesellschaft, der Staat da, der so lange bestehen muß, bis das Bewußtsein, wie nothwendig die Gemeinschaft sei, mächtig genug ist, um alle individuellen Interessen überwiegen zu können. Dann ist der Staat entbehrlich, wir können der freien Gesellschaft zuwenden.

Doch wie weit ist's noch bis dahin, wie sehr ist der engherzige Egoismus in Blüthe, wie wenig gesunder Egoismus auf der Welt. Da kann man nicht Jeden sich selbst überlassen, die Gesamtheit muß dem Einzelnen gebieten, was sie von ihm fordert zum Besten Aller. Der Staat ist mehr als der „Nachwächter“ der Gesellschaft, wie Lassalle spottend sagt, er ist der Vertreter des Instinktes der Gemeinschaft, der Schützer der Interessen Aller gegenüber den Sonderinteressen. Er hat den Starcken zu zwingen, der Felsler und nicht der Unterdrückten des Schwachen zu sein, er hat die Institutionen der Gesellschaft zu schützen. Er hat dies immer gethan, er thut es auch jetzt (leider nur in sehr beschränktem Maße und vielfach auch gerade das Gegentheil. R. d. B.) warum sollte er die Einrichtungen der zukünftigen Gesellschaft bloß deswegen nicht schützen, weil sie nicht die modernen sind? Wer zahlte seine Schulden, wenn der Staat ihn nicht dazu zwänge; wer respektirte das Eigenthum, wenn er nicht Strafe vom Staate zu erwarten hätte? Wenn man Selbsthilfe dem Schuldner, dem Dieb gegenüber an? Und wenn nun die sozialistische Gesellschaft sagt: Jeder hat ein Recht auf von douca Ertrag seiner Arbeit, warum soll od der Recht nicht die Garantie übernehmen, warum da Selbsthilfe anempfehlen?

Selbsthilfe kann nur Der anwenden, von dessen Willen die Aenderung abhängt, nie Der, welcher ein Opfer der Verhältnisse ist — da kann nur die Gesamtheit helfen.

Kann der Arbeiter durch Selbsthilfe z. B. die Kinderarbeit abschaffen? Nein! Einfach deswegen nicht, weil viele Kurzsichtigen und Egoisten und Nothgedrängten ihre Kinder doch werden arbeiten lassen, die Löhne werden sinken und den Andern wird nichts übrig bleiben, als wenn auch wider ihren Willen, ihre Kinder ebenfalls in die Fabriken zu schicken.

Man wird mir antworten, die Arbeiter können sich in Gewerkschaften vereinigen. Diese können aber so lange keinen großen Einfluß üben, als nicht alle Arbeiter ihnen angehören und sie alle einer Centralleitung unterstehen. Die Fabrikanten werden sich aber auch associiren und endlich haben wir jeden Staat in zwei Staaten aufgelöst, die sich auf das Festigste befeigen. Ist das ein kulturfreundlicher Zustand? Und was hätte man schließlich gewonnen? Man hätte Kapital und Arbeit in zwei getrennten Staaten organisiert, denn jede Gewerkschaft ist doch ein Staat; die so gefürchtete staatliche Organisation der Arbeit träte also doch ein, nur müßte sie sich den Beistand des Kapitals immer und immer wieder erkämpfen. Warum also nicht sobald als möglich beide in einem Staate organisiren? Schließlich kommt es doch dahin, denn die Union der Kapitalisten ist für immer verloren, sobald sie einmal unterliegt — Kapital und Arbeit fließen dann zusammen. Aber lange dauert es dauern, denn die Arbeiter sind immer im Nachtheile den vereinigten Kapitalisten gegenüber, welche der Ersteren Lebensbedürfnisse in ihren Händen haben. „Wenn im Preiskampf der eine Theil einen Standpunkt inne hat, von wo er jeden Wechsel der Conjunktur weit früher wahrnimmt als sein Gegner, so kann der letztere fortwährend von Irrthumspreisen leiden. Wächst z. B. die Produktivität der Geschäfte auch ohne persönliches Verdienst der einzelnen Unternehmer, so wird sich die Erniedrigung der Waarenpreise, die Erhöhung des Zinsfußes doch immer erst nach einiger Zeit einstellen, als die Folge einer eben durch die ungemüthliche Höhe des Unternehmerlohnes vermehrten Konkurrenz der Unternehmer. Den Eigenthümern der vermehrten Produktivkräfte wird es in den meisten Fällen schwer, ja unmöglich sein, dem Unternehmer seinen Gewinn sofort genau nachzurechnen. Dagegen wird auf der andern Seite die geringste Vertheuerung der Produktivkräfte den Unternehmern sofort klar werden und sie zur Steigerung ihres Preises veranlassen, ebenso rasch bemerken sie das Sinken der Waarenpreise und wissen es durch Erniedrigung des Lohnes und Zinsfußes auf Andere abzuwälzen. Man darf nicht vergessen, daß die in rein wirtschaftlichen Dingen sachkundigsten, scharfsichtigsten und rührigsten Menschen eben der Unternehmerklasse angehören.“ Roscher, Nationalökonomie 446.

Es bedürfte also eines besonders günstigen Zufalles, um einmal die Fabrikanten-Union sprengen zu können, denn Nachgeben heißt nicht immer gleich Unterliegen. Es müßten in einem Kiesenstiele die Fabrikanten nicht zur Lohnerrhöhung gezwungen, sondern zu Grunde gerichtet werden. Wenn aber das Proletariat die politische Macht hat, dann braucht's nicht solch einen entlosten Kampf, dessen Vorspiel in England jetzt in Scene geht, man kann die Organisation viel schneller, wenn auch nach schwerem Ringen erreichen. Eine Ablagerung des unvermeidlichen Kampfes ist aber ein Segen für Alle; je schneller wir die Fesseln brechen, desto eher athmet die

gequälte Menschheit auf, um begierig einzufangen die Luft der Freiheit!

Dennoch könnte Mancher trotz all' und alledem die „organische Entwicklung“ durch den Kampf zwischen Arbeiter-Gewerkschaften und Unternehmer-Assoziationen der Organisation der Arbeit durch die Staatsgewalt vorziehen, in der Hoffnung und mit dem Wunsche auf „friedliche“ Entwicklung. Aber man darf nicht vergessen, daß die Bourgeois Menschen sind, sicherlich keine Engel. Sobald die Gewerkschaften ihnen wirklich bedrohlich zu Leibe rücken, sobald dieselben genug Macht haben, um ihre Existenz zu gefährden, dann wird das Kapital in seiner Verzweiflung an den letzten Rettungsknoten sich klammern; unbestimmt um die Folgen wird es von seiner politischen Macht Gebrauch machen und auf „gesetzlichem“ Wege die Gewerkschaften vernichten — in solchem Falle bleibt dem Arbeiter nichts übrig als bedingungslose Unterwerfung oder gewaltsame Erhebung. Darum muß man mit der Organisation der Gewerkschaften zugleich den Besitz der politischen Macht anstreben, gerade im Interesse friedlicher Entwicklung.

Schlusserklärung gegen den Bekenner des Theismus.

In Nr. 17 der „Concordia“ erscheint die Schlusserklärung des Bekenners des Theismus, in welcher derselbe den Kampf aufgibt. Es geschieht dies in ächt theologischer Weise. Als erster Grund dafür ist genannt die Beschränkung der Leser der „Concordia“, daß seine vorigen Artikel zu lang für ein nichtreligiöses Blatt seien. Dabei macht er den Sozialdemokraten folgendes Compliment: „Es scheint hiernach, daß die Sozialdemokraten den Zusammenhang der Frage der Religion mit der Arbeiterfrage besser zu wärtdigen wissen, als das bürgerliche Publikum, speziell die Herren Sozialreformer; denn in einer Note zu Dr. Douai's Einsendung bietet sich der „Volksstaat“ für eine beliebige Fortsetzung bezw. Ausdehnung der Debatte ausdrücklich als Sprechsaal an.“

Wir müssen mit einer bescheidenen Frage entgegen: an einer solchen Bepfischung, um die Kosten einer Beilage zur „Concordia“ aufzubringen, wie die unbemittelten Sozialdemokraten es gethan? Und ließ sich die Entgegnung nicht kürzer fassen? — Freilich nicht, wenn man den eigentlichen Streitpunkt durchaus verhandeln wollte.

Dieser Streitpunkt ist so klar und einfach wie nur möglich. Das Absolute (von den Gegnern „Gott“ genannt) ist schlechthin unerkennbar. Alles folglich, was von Gott ausgesagt wird, ist menschliche Erfindung. Hierfür waren von mir vier oder fünf Beweisgründe angegeben, deren stärkster der moralische war und kurz so gefaßt werden kann: Wenn Gott verehrt sein wollte, müßte er allen Menschen die Möglichkeit ihn zu erkennen gewähren, was nicht geschehen ist.

Statt dieses Streitpunktes hat der Gegner stets einen ganz anderen untergeschoben, und thut es noch in der Schlusserklärung; nämlich den: Das Dasein Gottes ist ungewiß, und ob er trotzdem verehrt und anerkannt sein wolle oder nicht, darum handelt sich's. Allein, da ich ausdrücklich und wiederholt diese Fassung der Frage abgewiesen hatte, und da ich in die mir gelegte Schlinge nicht gehen wollte, so prahlt der Gegner auf seinem Rückzuge, ich sei „absolut unfähig, den Standpunkt Andersgesser zu würdigen“. Und dies ist sein zweiter Grund, um den Kampf aufzugeben.

Allein, es handelt sich ja gar nicht um des Gegners Standpunkt, sondern um den meinigen. Es galt für ihn, meine Gründe zu widerlegen. Er hat aber nicht einen einzigen davon auch nur erwähnt, geschweige denn zu widerlegen versucht, während ich überflüssigerweise jeden der Gründe seines Standpunktes, den ich nur aus dem zersetzten Gerede herauslesen konnte, berücksichtigt habe. Und daß ich dies in ehrlicher Weise gethan und seine Darstellung nicht entstellt habe, geht daraus hervor, daß er sich nicht über Entstellungen beklagt, was er sonst sicher gethan hätte.

Sein dritter Grund zum Zurückweichen scheint folgender zu sein: „Kurz und gut: das Unrecht oder Böse besteht nach Dr. Douai vor Allem darin, wenn der Mensch — nicht Sozialdemokrat ist.“ — Beinahe hätte hier eine blinde Henne auch einmal einen Kern gefunden. Das Unrecht oder Böse besteht vielmehr in dem Mangel der sittlichen Gesinnung, oder in dem Gegentheil derselben, ohne welche man kein ächter Sozialdemokrat sein kann, obwohl es Menschen mit solcher Gesinnung geben mag, welche die Sozialdemokratie aus Mißverständnis bekämpfen.

Je unfähiger die Theologen sind, klar und richtig zu denken, desto besser verstehen sie in der Regel die Worte und Gedanken Anderer zu entstellen. Von solchen Entstellungen, welche sich der Gegner mit den meinigen erlaubt hat, enthält seine kurze Schlusserklärung dennoch eine Anzahl. So giebt er mir Schuld, ich „statuirt eine soziale Glaubenspflicht“, oder vielmehr für mich seien „alle Sätze, die ich aufgestellt, unwiderlegliche Wahrheiten, welche nur die Dummheit oder die Schlechtigkeit in Zweifel ziehen könne“. — Und das giebt er mir Schuld, der ich mir so viele Mühe gegeben habe, ihm noch aus seinen Irrthümern zu helfen, indem ich die Hoffnung aussprach, daß ihm vielleicht noch zu helfen sei! Undank ist der Welt Lohn. Unserm Gegner ist also Irthum gleichbedeutend mit Dummheit. Hilf Himmel, bei der Menge seiner ihm nachgewiesenen Irrthümer — welches Zeugnis stellt er sich damit an!

Er findet ferner mich im Widerspruch gegen mich selbst, wenn ich einerseits laut beipflichte, daß jede übernatürliche Offenbarung die menschliche Freiheit aufheben würde, und andererseits ausführe, daß die angebliche Offenbarung (die christliche) nicht die mensch-

liche Freiheit habe unterdrücken können. Und er macht einige wichtig sein sollende Anmerkungen dazu. Ich muß allerdings gestehen, daß ich mich, wenn auch klar genug für meine sozialdemokratischen Leser, doch nicht klar genug für ihn ausdrückt habe. Ich hätte zeigen sollen, daß der Glaube an die vermeintliche Offenbarung in seiner fast zweitausendjährigen Herrschaft allerdings die Freiheit entsehrlich benachteiligt und unerhörte Unfittlichkeit erzeugt hat; daß aber die gute Natur der menschlichen Freiheit zu ihrem Heile den Offenbarungsglauben, dem Himmel und der Hölle zum Trost, abgeschüttelt hat, also eben dadurch bewiesen hat, daß Freiheit und Offenbarung ganz unverträglich sind.

Er will mir auch darin einen Widerspruch nachweisen, daß ich das Sittengesetz zwar nicht aus der Natur, aber aus der Menschennatur und ihrer sehr allmählichen Hervorentwicklung aus der thierischen ableite. Er fragt: „Und woher kommt denn die Menschennatur, wenn sie nicht aus der Natur kommt?“ — Für ihn also ist der Mensch noch immer ein Thier, noch ganz Natur, bis die göttliche Gnade etwas Anderes aus ihm macht. Dann muß der Gegner aber, weil er nicht begreifen kann, daß jede Entwicklung etwas Höheres aus Niedrigerem erzeugt, ebenso gut behaupten was folgt: Jugend hat nicht Tugend; folglich hat der Mensch keine Tugend, weil er aus dem Kinde hervorgeht.

Aber genug hiervon. Es macht keine Ehre, einen Gegner aus dem Kampfe weichen zu sehen, welcher nie hätte in die Schranken reiten sollen. Wohl aber macht es der gegnerischen Sache Schande, daß sie durchaus keine andern Vorkämpfer in die Schranken senden kann, als solche, deren Waffen stumpf sind, deren Fechtweise nach allen Turnirgesetzen verpönt ist, und die jedem Schlage durch Seitensprünge ausweichen und in die Luft hauen, um zu zeigen, daß sie sechten können, bis sie schließlich ausreizen.

Newark, den 2. September 1875.

Adolf Douai.

Zur Behandlung politischer „Verbrecher“.

Wir erfreuen uns der Ehre, fast in jeder Nummer des „Volkstaat“ über Verurteilungen und Einperrungen — die Verfolgungen seitens der Verwaltungsbehörden nicht gerechnet — von Parteigenossen berichten zu können. So hatten wir u. A. erst kürzlich von der Freilassung des Parteigenossen Leuschke Mitteilung gemacht, nachdem derselbe wegen des „Verbrechens“ der Majestätsbeleidigung die für diese Art „Verbrechen“ unerhörte Strafe von anderthalb Jahren Gefängnis verbüßt hatte. Heute nun liegt uns ein Schreiben unseres Genossen Leuschke vor, aus welchem ersichtlich, daß man, mit der Höhe des Strafmaßes noch nicht zufrieden, ihn auch noch in einer Weise behandelt, die kaum den Torturen nachstehen dürfte, mit welchen man in Rußland politische Gefangene mürbe zu machen sucht. Und doch „marschirt Deutschland an der Spitze der Zivilisation“.

Lassen wir unsern Genossen selbst reden.

Nachdem ich endlich der Fesseln ledig und der Freiheit nach 18 Monaten 19 Tagen wiedergegeben bin, drängt mich mein Herr, Denjenigen öffentlich meinen innigsten Dank abzustatten, welche mir meine Haft durch Zusendung von Geldern und Lectüre erleichterten. Nun wieder in Eurer Mitte, Parteigenossen, soll es zunächst meine Aufgabe sein, Euch meine Lebensschicksale sowohl während meiner Untersuchungs- als auch während meiner Strafzeit bis zu meiner Entlassung mitzutheilen. Es wird sich dabei Manchem, der an den traurigen Zuständen im Reiche der Gottesfurcht und Barbaren Gefallen finden können. Im Dezember 1873 — bekanntlich die Zeit der Reichstagswahlagitation — wurde mir als Colporteur vom Arbeiterwahlcomité zu Weimar der Auftrag zu Theil, Wahlaufsätze nebst einer Partie Probenummern des „Volkstaat“ nach Frankenhäusern zu überbringen, damit dieselben von dort aus in der weimarischen Enclave Odisten durch die Genossen verbreitet würden. Im Februar 1874 nahm ich dieselbe Tour, wurde aber am 13. des nämlichen Monats, Nachmittags 8 Uhr, als ich eben im Begriff war, zur Post zu gehen und Herrn Buchhändler Kettel in Weimar den Betrag von 15 Thlr. für expedirte Zeitschriften zu überreichen, unvermuthet und plötzlich in der Restauration des Herrn Kummer in Wiehe vom Gensdarmen Leberer auf vorgängige Frage nach Legitimation wegen „Majestätsbeleidigung“ verhaftet und zunächst nach dem Polizeibüreau geführt. Nach Feststellung meiner Personalien wurde seitens des Polizeiverwalters resp. Amtsvorstehers in Gegenwart des schon erwähnten Gensdarmen ein ellenlanges Protokoll aufgenommen, worin man mir alles Mögliche zur Last legte. Bemerken muß ich hierbei gleichzeitig, daß mir der schon mehrerwähnte Gensdarm eine Behandlung zu Theil werden ließ, welche in mir den Glauben erweckte, als hätte ich die ganze Welt in Aufruhr versetzt. Namentlich hatte er es auf meinen Koffer abgesehen, und als er in letzterem die Schrift „Parlamentarische Thätigkeit des Reichstags“, welche für 3 Gr. in jeder Buchhandlung zu kaufen war, fand, gingen die Schmähungen los. Ich ertheilte ihm gebührende Auskunft; er sagte unter Anderem: Ich sei ein Agitator und auch so ein Kerl wie der in Alshädt, der die Menschen alle verrückt gemacht habe, indem er mit diesen Worten W. Ufert meinte, welcher in mehreren Versammlungen mit gutem Erfolg gewirkt hatte. Nachdem endlich das Protokoll fertig war, und ich es unterschrieben hatte, wurde mir bedeutet, daß ich in Untersuchungshaft verbleiben müßte, und nachdem ich Kettel in Weimar über Lage und Stand der Sache Bericht gegeben, wurde ich meines Selbes im Betrage von 15 Thlr. 7 Pf., welches ich bei mir trug, und welches, wie schon erwähnt, das Eigenthum Kettels war, nach Abzug von 1 Gr. Porto, entledigt. Ich wurde nun in das Polizeigefängnis abgeführt. Die Zelle, in welche ich kam, war aber wahrhaftig allem Andern nur nicht einem Kerkershaftort für Menschen ähnlich. Durch eine Borzelle gelangte ich in ein Gemach, in welches ich sozusagen auf allen Bieren hineinfrieden mußte. Ein einziges Fenster, welches ungefähr 8—10 Zoll in Lichten (im Geviert?) haben mochte und überdies noch mit Eisenstäben versehen war, war darin. Der Ofen, welcher darin stand, war wegen der auf allen Seiten kassenden und nicht mit Lehm verstrichenen Kacheln gar nicht heizbar, und trotzdem konnte ich es vor Kälte unmöglich ohne Feuer in der Zelle aushalten. Daß natürlich, nachdem ich um Feuer gebeten hatte, in der Klausur ein Rauch entstand, durch welchen man sozusagen nicht mit einem Säbel durchhauen konnte, versteht sich von selbst. Ja ich konnte in diesen vier Wänden durch den entstehenden Rauch kaum die alte Bettstelle entdecken, auf welcher ein alter zertrissener Strohsack und eine schmutzige wollene Decke sich befanden. Das Abendbrot bestand aus 8 Kartoffeln und einer sehr geringen Quantität Fett. Kurz gefaßt, es war eine Nacht in tausend Angsten. Am andern Morgen führte man mich vor den Untersuchungsrichter; hier war der Gastwirth Rätzel aus Wohlmitzschel schon gegenwärtig. Derselbe war Kläger und Zeuge in einer Person und hatte es verstanden, mich mit allen erdenklichen Mitteln, deren sich ein Gegner unserer gerechten Sache nur bedienen kann, und die mich

unbedingt dem Schwerte der „Gerechtigkeit“ überliefern mußten, zu denunciren. Er behauptete, ich hätte Seine Majestät den König von Preußen meinedig genannt und Bismarck beleidigt. Der wahre Sachverhalt ist folgender: Auf der Tour im Dezember 1873 trat ich in die zu Wohlmitzschel befindliche Wirthschaft Rätzels ein und überlieferte demselben die „Chronik der Zeit“; zur selben Zeit saßen mehrere Arbeiter beim Besperbrot darin; einer von diesen wollte auf eine Zeitschrift abonniren und sieht in meiner Kopie bei dieser Gelegenheit die Wahlaufsätze. Er nimmt einen und liest ihn. Es entspinnt sich darüber ein Gespräch, an welchem ich mich schließlich mit theilnehme; so wurde ich unter Anderem gefragt, warum Herr Bebel in Leipzig seiner Zeit das Mandat entzogen wurde. Ich erzähle nun, nichts Böses ahnend, daß dem betreffenden Abgeordneten das Mandat deshalb entzogen worden sei, weil er gesagt habe, Seine Majestät der König von Preußen habe die Proklamation an das französische Volk nicht gehalten, worin es unter Anderem heißt: Ich führe Krieg gegen den Kaiser und seine Armee, nicht aber gegen das französische Volk, und daß das begründet sei, da, nachdem Napoleon und die stehenden Heere gefangen genommen waren, und in Paris am 4. September die Republik erklärt worden sei, der Krieg noch weiter gegen das Volk geführt und so zu einem Eroberungskriege geworden sei. Rätzel bestritt jedoch, daß ich die Worte mit Bebel in Verbindung gebracht hätte, und ich mußte weiter in Untersuchung verbleiben. Während dieser Zeit schrieb mir Kettel, ich sollte ihm die 15 Thlr. überliefern, da man ihm doch unmöglich sein Eigenthum vorenthalten könnte. Allein alle meine Bemühungen waren vergeblich. Aus dem Polizeigefängnis wurde ich nunmehr in das Gefängnis überführt und blieb darin bis zum 2. März. In diesem sollte ich nicht einmal aus dem Fenster sehen. Am genannten Tage wurde ich Morgens 6 Uhr in Begleitung des Polizisten und eines Civilisten nach Cölleda transportirt; hier wurde mir bei meiner Ankunft eröffnet, daß ich den 3. März früh 9 Uhr Termin haben würde. Diese Mitteilung kam mir so unerwartet, daß ich mir keinen Rath wußte. Zum Herbeicitiren eines Rechtsbeistandes war es zu spät und der in Cölleda anässige Rechtsanwalt war in Berlin im Reichstage. Was sollte ich beginnen? Die Verhandlung mußte ohne Rechtshilfe vor sich gehen. Ruhig und gefaßt ging ich zum Verhör und war auch auf Vertheidigung von Strafe vorbereitet, da der Kreisrichter in Wiehe schon gesagt hatte, daß ich unbedingt 2 Monat Gefängnis erhalten würde. Ich hatte die Absicht, meine Vertheidigung selbst zu führen; als ich aber sah, in welcher Weise man zu Werke ging, war ich nicht im Stande, ein Wort heroorzubringen, ja der Muth war mir gänzlich gesunken. Die Rede des Staatsanwalts war kurz gefaßt etwa folgende: da ich Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei, was ich vorher auf seine Befragung zugestanden hatte, so beantrage er, daß ich der Majestätsbeleidigung überführt und mit aller Schärfe des Gesetzes bestraft werde, und um zu zeigen, wie man gegen solche Wählerereien und Hegeorien vorgehen müßte, und damit gleichzeitig Andern, welche noch nicht zur Partei gehörten, ein abschreckendes Beispiel vor Augen gerückt werde, so beantrage er im Namen des Königs eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten. Bis jetzt noch ohne Strafe wurde mir bei diesen Worten schwarz vor den Augen, und ich fand in Folge dessen auch keinen Muth, gegen das ganze Prozeßverfahren Einspruch zu erheben. Ich konnte es aber nicht unterlassen, nochmals um Abscheidung der 14 Thlr. 29 Gr. 7 Pf. nachzusuchen, allein der Staatsanwalt sprach dagegen und beantragte — man staune — dieselben für mein Eigenthum anzusetzen, was man als Verstoß abzugeben. Was wirklich geschah, das Bericht auf diese Weise. Bedarf man da noch eines Commentars?

Nach Fällung meines Urtheils wurde ich wieder in das Gefängnis zurückgebracht. Hier bat ich an demselben Tage um Schreibmaterial; dasselbe erhielt ich aber erst am 13. Tage. Ich hatte die Absicht gehabt, Kettel zu bitten, daß er appelliren sollte. Dies war durch jene — ob absichtliche, will ich dahingestellt sein lassen — Verhinderung zur Unmöglichkeit geworden, da die Anmeldefrist abgelaufen war. Am 20. März früh 1/21 Uhr wurde ich nebst einem weiblichen Individuum, welches wegen Diebstahl zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurtheilt war, behufs Abführung meiner Strafbast nach Naumburg escortirt. Wegen einer offenen Fußwunde wurde mir das Glück zu Theil, daß wir gefahren wurden, und so kam es, daß wir schon 11 Uhr Vormittags in dem dasigen Gefängnisse abgeliefert werden konnten. Doch wach' einer Gesellschaft wurde ich beigegeben! Diebe, Betrüger, Verbrecher gegen die Sittlichkeit und selbst Mörder, Alles war durcheinander gewürfelt. Ist das die Absonderung der politischen Gefangenen? Wird da nicht der rechtliche Sinn des Menschen angetastet und abgestumpft? Aber nicht allein dieses — nein, bei jedesmaligem Oeffnen der Zelle muß man sich in Gegenwart solch ehrenwerther Gesellschaft auch noch die Aureden: „Na! Sie Majestätsverbrecher“ oder „Sie Sozialdemokrat“ gefallen lassen. Aber ich war still; Creierung hätte mir nichts genügt; denn die Anmaßung der Beamten geht über alle Grenzen. Aber die obenangeführten Ausdrücke möchten noch dahin gehen, da sie nur von unwissenden Mitgefängenen ausgesprochen wurden. Ist es dagegen zu verzeihen, wenn der Sanitätsrath Dr. Hartmann, welcher sich doch gewiß unter die Gebildeten und die den „höheren“ Ständen angehörigen Menschen gezählt wissen will, sich ganz ähnlicher, ja womöglich noch ärgerer Ausdrücke mir gegenüber bediente? Am 20. Mai 1874 wurde ich zur Ableistung des Manifestationseides über die nach Abzug der Kettel gehörigen, ihm aber von „Rechtswegen“ abgesprochenen 14 Thlr. 29 Gr. 7 Pf. noch verbleibenden Restlofen im Betrage von 18 Thlr. 20 Gr. 5 Pf. vorgeführt. Um die nämliche Zeit beantragte ich, mir Schreibmaterial zu geben, welchen Antrag ich dahin motivirte, daß ich eine Beschwerde an das Ministerium einreichen wollte; das wurde mir aber rund weg abgeschlagen. Also nur auf diese Weise ist es zu erklären, daß der Justizminister im Abgeordnetenhaus sich wundern konnte, daß so wenig Beschwerden von politischen Gefangenen eingehen; ebenso wurde mir die Abschrift des Erkenntnisses nicht gestattet, obwohl sie Parteigenosse Mos, d. J. in Blößen, zugestanden wurde. Ferner verdient noch der Dessenlichkeit übergeben zu werden, in welcher ungerechten Weise die Lohnverhältnisse für Gefängnisarbeit geregelt waren. Es gab unter anderen 3 Lohnsätze: geringeren, mittleren und höchsten Satz. Bei Anwendung des ersten gab es für Federreihen, Tautz pussen, Couverts und Düten 3 Pf., für Holzspalten und Arbeiten auf dem Torfhoof, ebenso für Schuhmacher- und Schneiderarbeit 10 Pf. Für Torfstreichen und Ausharbeiten 25 Pfennige, wovon noch die Brodzulage, welche Jeder, der schwere Arbeit verrichtet, erhielt, abgezogen wurde. Nach dem Gesetz und dem Reglement gemäß soll dem Arbeiter ein Drittel des reinen Arbeitsdienstes gewährt werden; in welchem Zusammenhang mit diesen Bestimmungen steht nun mein Arbeitsverdienst, da ich, so lange ich allein die Schuhmacherarbeit im Hause verrichtete, bei einem Verdienst von monatlich 25—30 Thlrn. nur 2 Mark 50 Pf. durchschnittlich er-

hielt? Das Beste dabei war, daß man, auch während des Sonntag, moralisch dazu gezwungen, ja oft sogar von den Aufsehern angehalten wurde, unentgeltlich Arbeit zu verrichten. Im Anfange der Abbüßung meiner Strafbast wurden von meiner Mutter, welche in Pirna anässig ist, in kurzem Zeitraum zwei Saadengesuche eingereicht; diese aber wurden von Sr. Maj. dem König dem Justizminister, und von diesem der Kreisgerichtsdeputation zu Cölleda zur Prüfung überwiesen; von dieser ist dann beschlossen worden, das Gesuch nach Lage der Sache (wohl, weil ich Sozialdemokrat bin), höheren Orts nicht zu befürworten. Als Vorstehendem wird man genügend ersehen, daß unsere Partei von ihren Gegnern, zu welchen man die Gerichte nicht zählen soll, auf jede mögliche Weise gebrangsalirt und verfolgt wird. Es wird ja aber doch der Tag nahe sein, wo man unsere Rechte und Forderungen anerkennen muß und wo dann unsere Bemühungen und Bestrebungen mit Erfolg gekrönt werden. Von meiner Seite aus sei aber versichert, daß ich nach wie vor meinen politischen Grundsätzen treu bleiben und durch dieses, wie vielleicht noch kommenden Leid von den Prinzipien der Sozialdemokratie nicht lassen, sondern mit aller Kraft und der mir zu Gebote stehenden Energie für dieselben weiter thätig sein werde.“

Politische Uebersicht.

— Die Phrase von der allgemeinen Wehrpflicht ist bekanntlich nichts Anderes als eine große Lüge, wie neulich sogar das junkerliche „Militär-Wochenblatt“ zugestehen mußte und zwar mit derbedenklichen Schlussfolgerung, daß die allgemeine Wehrpflicht nur unter dem Milizsystem zur Wahrheit werden könne. Jetzt bringt eine fortgeschrittliche Correspondenz sehr lehrreich, auf unser Militärwesen scharfe Schlaglichter werfende Auszüge aus einer dem Bundesrath mitgetheilten Uebersicht über die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts im Jahr 1874. Durch diese amtliche Uebersicht wird die Thatsache festgestellt, daß die Militärverwaltung unter den gegenwärtigen Verhältnissen „nicht im Stande ist, die allgemeine Wehrpflicht zur Geltung zu bringen“; wir erfahren nämlich, daß 28,343 Mann, die 1874 hätten ausgehoben werden sollen, wegen des bereits gedeckten Rekrutierungsbedarfes nicht ausgehoben werden konnten. Diese Zahl repräsentirt 17 Prozent der Aushebungsfähigen, also der als tauglich für den Militärdienst befandenen Mannschaft; man ist demnach zum Schaden der Wehrkraft des Landes gezwungen, auf die militärische Ausbildung nahezu eines Fünftels der wehrpflichtigen Jugend zu verzichten. Und wohl gemerkt: die größere Hälfte der thatsächlich Wehrfähigen wird so schon als „untauglich“ zurückgestellt, weil man sie in dem undemokratischen Rahmen der jetzt in Kraft befindlichen Heeresorganisation nicht brauchen kann. Dieses Mißverhältniß zwischen der Zahl der Ausgehobenen und der Zahl der Aushebungsfähigen fällt um so schwerer ins Gewicht, je größer die Militärlast ist, die den wirklich Ausgehobenen drückt. Wie diese Last gegenwärtig in Deutschland empfinden wird, das prägt sich in den Ziffern der Rabrit aus, in welcher die „ohne Entschuldigung bei der Aushebung Ausgebliebenen“, die Militärfüchtigen, verzeichnet sind. Die Zahl derselben ist seit 1860 von 1/3 auf 9 Prozent gestiegen und für das Jahr 1874 verzeichnet die Uebersicht nicht weniger als 82,418 (in Worten zweihundertachtzigtausendvierhundertachtzehn) Mann dieser Kategorie. Wenn man bedenkt, daß es eben nur die kräftigsten jungen Männer sind, die in der begründeten Furcht, in das Heer einzufestellt zu werden, das Weite suchen, so leuchtet die Größe des Verlustes an Wehrhaftigkeit und Arbeitskraft, den Deutschland durch diese massenhafte Auswanderung erleidet, aufs Klarste ein. Daß von den 82,418 Ausgebliebenen 16,072 auf Elsaß-Lothringen kommen, wird Niemanden in Staunen setzen — „wie aber kommt es“, fragt die fortgeschrittliche Correspondenz, „daß die Provinz Preußen, diese alte Stammprovinz mit einer so kernigen, kriegstüchtigen Bevölkerung mit Elsaß Lothringen derart konfarrirt, daß in dieser Provinz sogar 16,830 Mann bei der Aushebung ohne Entschuldigung fortbleiben? Diese Zahl für eine einzige Provinz beträgt mehr als das Doppelte der 1860 im ganzen Königreich Preußen nach dem damaligen Umfang derart Ausgebliebenen (7177).“

Die Frage der fortschrittlichen Correspondenz ist wahrhaftig sehr naiv. Ober hat sie etwa nichts von den drei „frischen, frohlichen“, sogar „heiligen“ Kriegen gehört, mit denen wir binnen sechs Jahren (alle zwei Jahre ein Krieg!) begnadet worden sind? Und hat sie vergessen, daß wir nach Moltke's Ausspruch bis zum Jahr 1920 in beständiger Kriegsgefahr schweben, also jeden Moment, in dem es irgend einem „Geniale“ beliebt, wieder zum Massenmord kommandirt werden können? Daß dem Volk, welches mit seinem Blat und Schweiß die Kosten zu bezahlen hat, der Krieg in etwa weniger rosigem Licht erscheint, als dem „Volk“, das die Dotationen und Milliarden einsackt, scheint uns aber sehr natürlich.

— Blödsinn. Die „Deutsche Reichskorrespondenz“ (Reptil reinster — mit Erlaubniß! — Race) schreibt:

„Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat Fürst Bismarck in der neuesten Zeit wiederholt mit Fachleuten, Volkswirthen und Sozialpolitikern Besprechungen über den Umstand gehabt, daß viele deutsche Fabriktablissements, namentlich diejenigen der Eisenindustrie, entweder ihre Arbeiterzahl vermindert oder die Arbeitszeit verkürzt haben. Vertrauten Personen ist dann von ihm der Auftrag gegeben worden, Vorschläge zu machen, wie hier in nachdrücklicher Weise Abhilfe geschaffen werden könne, um eine industrielle Krisis und ihre schlimmen Folgen von uns so viel als möglich fern zu halten. Um einen klaren Einblick in diese Verhältnisse zu erlangen, sind auch seitens der Staatsregierung neuerdings Ermittlungen angestellt worden, in welchem Maße und namentlich auf welche Industriebezirke sich diese calamität ausdehnt und welche Fabrikationszweige ganz besonders davon betroffen sind.“

Die „Fachleute, Volkswirthe, Sozialpolitiker, vertraute Personen“ ic., von denen in obigem Baschettel die Rede ist, reduciren sich auf die Herren Bucher und Wagener, zu denen, als dritter im Ehrenbunde, Herr Stieber gehört. Diese Dreieinigkeit ist aber schon sehr alt. Oder sollte etwa an Stelle des stumpf gewordenen Stieber die „frischere Kraft“ Treitschke als heiliger Geist der Bismarck'schen Sozialpolitik getreten sein? — Was endlich die „Ermittlungen“ der preussischen Staatsregierung betrifft, so können wir uns über deren Tendenz nach dem famosen Worte Camphausen's und dem ebenso famosen Erlasse Achenbach's beim besten Willen keinen Täuschungen hingeben. Die Industriekalamität ist Folge der zu hohen Löhne, den Arbeitern geht's zu gut, ergo — nun, das Rezept kennt ja Jeder.

— Aus Berlin schreibt man uns: Während die Redaction der „Frankfurter Zeitung“ wegen Zeugnissverweigerung im Gefängnis saß, geht der Geh. Reg.-Rath Legdi, Chef des Bismarck'schen Pressbureaus, hier ganz

unbehellig spazieren. In dem bekannten Prozeß wider den Schriftsteller Gustav Rasch wegen des Buches „Die Preußen in Elsaß und Lothringen“ fand das hiesige Stadtgericht seine Weigerung, über die Preßgesetze in Elsaß und in Lothringen auszusagen, ganz in Ordnung und wies den Angeklagten mit seinem Antrage, die gesetzliche Zwangsmittel wegen Zeugnisverweigerung gegen den Geheimrath in Anwendung zu bringen, unter Berufung auf eine Bestimmung der Criminalordnung, daß ein landesherrlicher Beamter zur Ablegung eines Zeugnisses in dem Falle nicht gezwungen werden könne, wo die Fragen solche Umstände betreffen, deren Bekanntheit dem Staate nachtheilig sein könnte, ab. Auf seine Beschwerde beim Kammergericht wegen dieser stadgerichtlichen Abweisung hat der Verfolgte gar keine Antwort erhalten. Vielleicht sind die Gerichtserien daran Schuld, die aber gegen die Redactoren der „Frankfurter Zeitung“ bei vollständiger Zwangsmittel keinen Einfluß ausgeübt haben. Herr Gustav Rasch hat nun von Neuem von Paris aus Beschwerde beim Kammergericht geführt und die sofortige Abführung des Geh. Rath's Regidi in das Stadtvogteigefängniß verlangt. Wir sind doch neugierig, ob diese Beschwerde ein Resultat hat? Während dessen schwebt der Prozeß nun anderthalb Jahre, ohne es zu einem Resultat bringen zu können, und das Buch bleibt immer confiscirt.

Zur Rohheitsstatistik. Im Stettiner „Generalanzeiger“ lesen wir folgende erbauliche Geschichte: „Gestern Mittag ereignete sich auf dem Heumarkt zwischen zwei Kaufleuten eine solenne Prügelei, die mit Stöcken, Fußtritten und Bartrausen ausgefochten wurde und eine große Zahl von Schanlaustigen herbeigezogen hatte, aber nicht verfehlte, ein höchst peinliches Aufsehen zu erzeugen. Die Herren sollten doch solche widerlichen Scenen vermeiden, oder wenigstens derartige Kämpfe in geschlossenen Räumen ansprechen. Wie verlautet, waren geschäftliche Differenzen die Ursache dieses Austrittes, der wahrscheinlich noch vor Gericht sein Nachspiel haben wird.“

Bravo! Wäre dieser Culturkampf „in geschlossenen Räumen“ ausgefochten worden, so hätte der „Stettiner Generalanzeiger“ nichts einzuwenden gehabt. Paßt auch in die Rohheitsstatistik. Der „Holl“ ist übrigens ziemlich harmloser Natur — man beobachtet einmal diese „Gebildeten“ z. B. auf der Leipziger Messe, und man wird ganz andere Dinge erleben, und nicht vereinzelt, sondern massenhaft. —

Der Herr Allgemein-Eilsabrits-Betriebs-Feiter Stephan wird gebeten, sich den kürzlich erschienenen Briefwechsel des Fürsten Bückler-Muskau (Herausgegeben von Ludmilla Assing-Grimelli. Berlin, Weidmann und Schweizer) anzusehen, und mit besonderer Aufmerksamkeit einen 1862, also unter der Regierung des jetzigen Königs von Preußen, geschriebenen Brief durchzustudieren, in welchem von der bekannten Confiskation des Humboldt-Barnhagen'schen Briefwechsels die Rede ist. Fürst Bückler-Muskau bemerkt da gegen Ludmilla Assing, die Herausgeberin auch jenes Briefwechsels:

„An Humboldt's Briefen brauchten Sie nicht ein Jota zu ändern, aber die Anmerkungen aus dem Tagebuch Barnhagen's dürften nur so weit gehen als sie zur Erläuterung jener Briefe unumgänglich notwendig waren. In diesen Tagebuchblättern sind ein halb Duzend Stellen, die, ohne dem Werk sein außerordentliches Interesse im Geringsten zu schmälern, jedenfalls weggelassen werden mußten, da sie die ganze preussische Königsfamilie außerordentlich äquiriren müssen.“ Er Fürst Bückler-Muskau — wir citiren hier nach der „Waage“ S. 604, da uns der „Briefwechsel“ nicht vorliegt. N. d. B.) ist sehr besorgt um die Folgen, rüth ihr einen geschickten Advokaten an, und bittet sie, die Briefe an ihn, jetzt von anderer Hand abdrucken zu lassen und das Siegel zu ändern, denn „man wird jetzt Ihre Briefe auf der Post jedenfalls lesen, ich kenne unser cabinet noir!“ —

Fürst Bückler-Muskau, der so unterrichtet war, wie nur je Einer, kannte also das „Schwarze Cabinet“, — was sagen Sie dazu Herr Allgemein- u. Stephan?

Moral und Sittlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft. In Berliner Blättern steht folgendes zu lesen: „Die Aktiengesellschaft für deutsche und böhmische Eisen- und Stahlfabrikate (alias Stroussberg'sche Werke) ist nunmehr in das hiesige Handelsregister eingetragen worden. Und zwar, wie ich mich überzeugen, geschah die Eintragung auf den Namen des Dr. Bethel Stroussberg. Auch sollen die Aktien auf der Börse aufgelegt werden.“

Wie faul und verröthet muß unsere Gesellschaft sein, unsere vornehme, „gebildete“, vorangehende Gesellschaft, wenn ein von der öffentlichen Meinung Gedächter es wagen darf, unter seinem Namen in Berlin, dem Hauptorte seiner Heldenthaten, wieder an das Licht der Öffentlichkeit hervorzutreten? Der ungescholte Ruf scheint nicht mehr die Bedeutung zu besitzen, wie früher. Der Gott Merkur ist vollständig von Gotte der Spitzbuben geworden und hat sich des letzten Feigenblattes der Scham, das früher lose um seine Hüften flatterte, vollständig entledigt! Nun, wohl bekomm's!

Woju der Staat Geld hat. Die Leser erinnern sich noch der Affaire des Polen Dunin, der vor Monaten wegen eines angeblichen Attentats auf Fürst Bismarck verhaftet wurde, jedoch als vollkommen unschuldig, nach einiger Zeit wieder in Freiheit gesetzt werden mußte. Jetzt erfahren wir durch ein polnisches Blatt (die „Gazeta Narodowa“ in Lemberg), daß Dunin das Opfer eines schätigen Subjekts, Namens Malichy, war, der ihn der preussischen Gefandtschaft in Warschau denunzirte und für seine Denunziation mit viertausend Thalern honorirt wurde. Aus welchem Fonds?

Gleich zu Gleich gesellt sich gern; das fiel uns ein, als wir in einem Wiener Blatt die Lebensgeschichte — um einen höflichen Ausdruck zu gebrauchen — des Grafen Wend Botho zu Eulenburg lasen, den Fürst Bismarck sich zum Schwiegerohn austozieren hat. „Der junge Graf“, so heißt es da, „war um die Mitte der Sechziger-Jahre als Einjährig-Freiwilliger bei den Bonner Husaren stationirt und gleichzeitig auf der Universität immatriculirt. Auf dem Heimwege von einem frühlichen Kneipabend begegnet ihm der Koch des damals ebenfalls in Bonn studirenden Herzogs von Edinburgh und beginnt Handel mit dem Grafen. Dieser setzt sich tapfer zur Wehre und schießt im Handgemenge den Angreifer nieder, der auch seinen Wunden erlag. Der Graf aber mußte für einige Zeit nach Ehrenbreitstein wandern; die Sache erregte damals das größte Aufsehen, umso mehr, als der junge Eulenburg vollkommen unschuldig an dem nächtlichen Streite war. Es hat ihm auch weder in seiner Reputation noch in seiner Carriere weiter geschadet. Biel mehr erfreut er sich allgemeiner Beliebtheit und ist namentlich ein guter

Freund der beiden Söhne des Reichskanzlers, der Grafen Herbert und Wilhelm Bismarck.“ —

So die „N. Fr. Presse“. Nun, auch mit den Söhnen des Fürsten Bismarck hat sich die Chronik schon zu beschäftigen gehabt. Was aber die Bonner Heldenthat des hoffnungsvollen Schwiegersohns in spe betrifft, so ward dieselbe seinerzeit ganz anders erzählt; und die bloße Thatsache, daß der junge Herr Graf verurtheilt wurde, schließt die Annahme berechtigter Nothwehr aus. Daß der Todtschlag der gräflichen „Reputation“ und „Carriere“ nicht geschadet hat, finden wir sehr natürlich. Schade nur, daß es bloß einer war. Gelingt es dem Mann, einigen tausend Menschen die janua vitas (Lebenssthor) zu öffnen — um einen Ausdruck seines Schwiegervaters in spe zu gebrauchen — so wird Reputation und Carriere noch ganz anders ausfallen, Dank der „genialen“ Blut- und Eisenpolitik.

„Idioten“ nennt unsere Reptilienpresse die Wallfahrer nach Lourdes. Ganz recht. Aber ist es weniger „idiotisch“, an den heiligen Seban zu glauben als an die heilige Maria? Und ist etwa, da wir gerade beim Thema sind, das Dogma der Bismarck'schen Unfehlbarkeit nicht genau ebenso „idiotisch“, wie das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit? Nur mit gleichem Maß messen, ihr Herren!

Todtschlag und Eigenthumsbeschädigung im Frieden durch Kriegsspielerei. Der „Mainzer Anzeiger“ theilt folgende, aller bisher Dagewesene übertreffende Geschichte mit: „Gestern Abend 8 Uhr begann das Leuchtkegelwerfen von den Forts Mainzspitze aus, das von der Bürgermeisterei zuerst auf letzten Samstag und dann auf gestern Abend mit der Warnung angekündigt wurde, sich den Forts höchstens auf 600 Meter zu nähern, da die Ueberschreitung dieser Distanz mit äußerster Gefahr verbunden sei. Das diesseitige Ufer war mit Tausenden von Menschen angefüllt, die alle sich an dem seltsamen, glänzenden Feuerwerk ergöteten. Während nun diese sich ganz der Betrachtung des Schauspiel's hingaben, dachte von ihnen wohl Niemand daran, daß gleichzeitig dieses Manöver die Koftheimer in Panik und Schrecken jagte. Anstatt daß nämlich die Geschosse in's Wasser fielen, prasselten sie auf die Behausungen und Straßen der Koftheimer nieder. Projektils der wunderbarsten Art, wie über 6 Fuß hohe eiserne Röhren, die ein Gewicht von 10—15 Pfund hatten, Bleikugeln in der Schwere von 2—4 Pfund, große hölzerne Prügel, Gefäße von Eisenblech, in ihrer Gestalt Feuerweimern ähnelnd u. A. fielen auf die Straßen, schlugen Löcher in die Dächer, zündeten an einzelnen Stellen und bedrohten Leib und Leben der Menschen. Ein 16jähriges Mädchen, die Tochter von Jacob Wollstadt, die von einer Röhre an die Brust getroffen wurde, liegt seit gestern Abend ohne ein Lebenszeichen von sich zu geben, zum unbeschreiblichen Jammer ihrer Eltern und Geschwister darnieder. Das Dach, unter dem die Feuerleiter aufbewahrt waren, ist zusammengefallen. Die Leute zogen sich in die Keller zurück, kurz Koftheim bot gestern Abend mehr den Anblick eines vom Feinde attackirten Dorfes in Kriegszeit, als den einer Wohnstätte im Frieden. Ja das vom Krieg bedrohte Dorf hat noch den Vorzug, daß seine Bewohner Schutzmaßregeln treffen können, weil sie die Gefahr kommen sehen, währenddem die von Koftheim gar keine Ahnung von der ihnen drohenden Gefahr hatten. Erstannenswerth ist, daß das Manöver nicht mehr Unheil angerichtet hat, und nicht mehr Verluste an Menschenleben zu beklagen sind; man fragt sich, warum die Geschosse nicht in das Wasser dirigirt wurden, und ungreiflich ist es, daß derartige Operationen überhaupt in unmittelbarer Nähe eines Dorfes in Scene gesetzt werden! Wen trifft hier die Schuld? Und wird die Sache wohl ernstlich untersucht werden?“

Daß nicht ganz Koftheim in Grund und Boden zerstört und ein Raub der Flammen geworden ist — daß nicht 50 Menschen etwa, friedliche und wahrscheinlich bisher vollkommen rechtsfreundliche Einwohner des deutschen „Vaterlandes“, getödtet und einige Hundert verwundet worden sind, das ist nicht die Schuld der Militärbehörden von Mainz! Diese hatten nach dem Berichte des citirten liberalen Blattes ihre Einrichtungen und Anordnungen so getroffen, daß eine derartige Verwüstung fremden Eigenthums, eine derartige Massentödtung sehr wohl möglich war! — Was wird nun geschehen? Der arme Bahnwärter, welcher, in seinem schweren und verantwortlichen Dienste bis zu Tode ermüdet, eine Weiche falsch stellt und damit auch nur ein einziges Menschenleben in Gefahr bringt, wird mit Gefängniß bis zu fünf Jahren und Dienstentlassung bestraft; der Nichtmilitär, welcher aus Fahrlässigkeit einen Brand herbeiführt, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft — — Welche Strafe verdienen nun Leute, die mit einem Leichtsinne ohne Gleichen, trotzdem sie durch ihre Stellung zu äußerster Vorsicht verpflichtet und durch ihre Sachkenntnisse zur vollkommenen Vermeidung jedes Unfalls befähigt sind, dennoch Hunderte von Menschen in suchtsbarste Angst versetzen, in ihrem Eigenthum schwer schädigen, Leib und Leben derselben in Gefahr bringen, brandstiften und tödten? Welche Strafe verdienen sie — und welche Strafe legt ihnen der Militärstaat, das deutsche Reich, auf???

Innere Partei-Angelegenheiten.

Zu Agenten des Vorstandes wurden ferner ernannt für Alstedt: B. Grumbach; Baden: F. Frommann, A. Dorwarth; Berlin: C. Greifenberg, Schaler; Braunschw.: H. Harms, F. Funke; Frankfurt a. D.: Fleischer, Leonhard; Gießen: J. Freitag; Langenscheidt: A. Röhricht, L. Röhricht; Neukirchen: A. Grunert, R. Rögge; Neuwed: F. Lehmann, F. Collenberg; Niederplawitz: C. Klücker, A. Seifert; Peterswaldau: A. Spielmann, W. Püchel; Sangerhausen: Hohenstedter; Senftenberg: E. Hamerster, H. Pille; Sonneberg: J. A. Bischof; Stettin: J. Durist, H. Müller; Uelzen: J. Liedemann; Wilsdr.: F. Hofelbach.

Wir bitten, bei neuen Anmeldungen die genauen Adressen beider Agenten (beim Sekretariat) anzugeben.

Hamburg, 18. September 1875.
Mit sozialdemokratischem Gruß
J. A.:
J. Auer, E. Derossi, gr. Rosenstraße 36, II.

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner Tischler- (Schreiner-) Verein.
Hamburg, 16. Sept. In der am heutigen Tage, in Hübnert's Lokal, große Rosenstraße 37, tagenden Mitgliederversammlung des Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins wurde folgende Resolution angenommen: Die Mitgliedschaft des Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins zu Hamburg erklärt sich mit dem Vorbehalt der Berliner Mitgliedschaft, resp. des Herrn Schmig (erster Vorsitzender), in Betreff der Feier zu Ehren des ic. Schweizer nicht ein-

verstanden; erstens, weil dieses nicht Sache einer Korporation ist, zweitens, weil dieses Vorgehen unbedingt Zwifügigkeiten innerhalb des Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins geben wird.
Im Auftrage der Mitgliedschaft zu Hamburg.
Ferd. Weidemann, Bevollmächtigter.

Metallarbeitergewerkschaft.

Hannover, 16. Sept. Den Mitgliedern zur Beachtung: Durch die Abreise zweier Mitglieder der Controlcommission sahen wir uns genöthigt eine Ergänzungswahl vorzunehmen; es wurden R. Coers und E. Wille gewählt. Zum 2. Vorsitzenden wurde A. Irregang, Kofcherstraße Nr. 4, gewählt.
Alle Briefe ic., die Controlcommission betreffend, wolle man an unten stehende Adresse richten.
Mit Gruß.
F. Eichenberg, Lamstr. Nr. 3 B.

Correspondenzen.

Berlin, 10. September. (Bericht über den ersten deutschen Tapezierer-Congress, abgehalten am 29., 30. und 31. August in Leipzig.) Die Leipziger Collegen hatten am 28. August Abends halb 9 Uhr eine öffentliche Vorversammlung anberaumt, welche sehr zahlreich besucht war. Nachdem die bereits eingetrossenen Delegirten vorgelesen und auf's Herzlichste begrüßt waren, hielt der Einberufer des Congresses, Kaufmann aus Hannover, einen Vortrag über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Bewegung; dann sprach, ebenfalls in einem längeren Vortrag, der Delegirte Landsmann aus Hamburg über den bevorstehenden Congress. Beide Vorträge wurden von allen Seiten begeistert aufgenommen, welche Stimmung noch durch ein inzwischen aus Hamburg eingelaufenes Telegramm, welches Grüße und Glückwünsche für das Gedeihen des im Leben zu ruhenden Verbandes brachte, gehoben wurde. Darauf sprach der Delegirte Nicolas aus Berlin, anschließend an die besprochenen Themata; seine Ausführungen wurden ebenfalls sehr beifällig aufgenommen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende zum festen Zusammenhalten und forderte zum zahlreichem Beitritt in den Leipziger Verein auf, was auch insofern Beachtung fand, als sich 15 neue Mitglieder aufnehmen ließen, worauf alsdann die Versammlung um halb 12 Uhr geschlossen wurde.

Am 29. August, Vormittags 11 Uhr, eröffnete der Delegirte für Leipzig, College Köhlig, den Congress mit einer Ansprache, worin derselbe der Freude gedenkt, die überall empfunden worden sei, als die erste Kunde sich verbreitet habe, daß ein allgemeiner Verband der Tapezierer Deutschlands gegründet werden solle. Redner stütete dem Congress-Comité, welches mit aller Energie und ebenfals zu Aller Zufriedenheit die Vorarbeiten vollendet habe, seinen aufrichtigen Dank ab, und ertheilte dem bisherigen Vorsitzenden des Congress-Comités, Kaufmann aus Hannover, als Einberufer das Wort. Kaufmann spricht im Namen des Comités den Delegirten für ihre rege Theilnahme an der Sache sowohl, als auch für das Erscheinen auf die Einladung des Comités seinen Dank aus und bittet, den Diskussionen die möglichste Aufmerksamkeit zu schenken, damit der Gang der Verhandlungen möglichst kurz und dennoch korrekt sei. Alsdann wird zur Constituirung des Bureaus geschritten, und werden Kaufmann aus Hannover zum ersten und Nicolas aus Berlin zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Der Vorsitzende theilt alsdann mit, daß Berlin beantragt hatte, die Protokolle stenographisch aufnehmen zu lassen, das Comité mußte jedoch aus finanziellen Gründen davon absehen und erlaubt sich, dem Congress den Collegen Köhlig aus Berlin als ersten Schriftführer vorzuschlagen, welcher auch gewählt wurde. Als zweiter Schriftführer wurde Delegirter Schabothke, Hannover, gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Mandatprüfung, wurde eine Commission, bestehend aus den Delegirten Wagenknecht-Carlruhe, Baumann-Breslau und Krumm-Frankfurt a. M. gewählt. Von 13 Delegirten wurden 22 Mandate mit einer Zahl von 808 Wählern abgegeben und sämmtlich für richtig befunden. Hierauf wurde eine vom Congress-Comité vorgelegte Geschäftsordnung mit einigen Aenderungen angenommen. Der dritte Punkt der Tagesordnung, Statutenberatung, hat den überaus größten Theil der Verhandlungen in Anspruch genommen, zu sehr interessanten Debatten Anlaß gegeben und schließlich ein sehr günstiges Resultat geliefert, indem sämmtliche Delegirte für die soeben beratenen Statuten einstimmig versprochen, sowie die beste Unterstützung für ferneren Ausbau unseres Verbandes zusicherten. Bei der Wahl wurde einstimmig Berlin als Borort und Kaufmann als Vorsitzender des Ausschusses gewählt. Als Organe wurden „Volksstaat“ und „Neuer Social-Demokrat“ gewählt, worauf jede Mitgliedschaft zu abonniren verpflichtet ist. Auf Antrag von Hannover wurde der Ausschuss beauftragt, sich mit dem Vorstande des Allgemeinen deutschen Sattlereivereins in Verbindung zu setzen, um ein Handinhand gehen an kleineren Orten zu ermöglichen. Ferner wurde der Ausschuss beauftragt, auf Antrag von Berlin ein Normalstatut und auf Antrag von Hamburg und Leipzig eine parlamentarische Geschäftsordnung für Ortsvereine in kürzester Zeit anzuarbeiten. Ferner wurde der Ausschuss auf Antrag Hamburgs angewiesen, sämmtliche Druckfachen nur in den Genossenschaftsdruckereien von Berlin oder Leipzig zu bestellen. Während der Verhandlungen liefen von Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Danzig und Hannover Begrüßungs- und Glückwunsch-Telegramme, sowie mehrere dergleichen schriftliche Zusammanungen von anderen Orten ein. Nach Verlauf der Tagesordnung wurde das vom zweiten Schriftführer Schabothke inzwischen zusammengestellte Statut nochmals vorgelesen und einstimmig angenommen, worauf der Vorsitzende den dadurch entstandenen Verband der deutschen Tapezierer und Fachgenossen proklamirte. Der Vorsitzende legte den Delegirten sowie allen Anwesenden in warmen Worten die Wichtigkeit der nun soeben beendeten Verhandlungen aus Herz und mahnte zum festen Zusammenhalten bei allen Ereignissen, die die Zukunft auch bringe. Mit einem dreimaligen Hoch auf das Gedeihen des neugegründeten Verbandes wurde der Congress am 31. August Nachmittags 4 Uhr geschlossen.

Fr. Kaufmann, Vorsitzender.

F. Köhlig, Schriftführer.

NB. Alle Briefe an den Ausschuss sind an die Adresse Fr. Kaufmann, Berlin O, Stralauerstraße 44, 2. Hof l. 2 Tr., zu richten.

Spandau, den 13. Sept. Nach einem 1/4 Jahr langem Zeitraum des Schweigens wird es wohl angemessen sein, auch von uns wieder etwas hören zu lassen. Sonntag, den 12. d., hielten wir hier eine Volksversammlung ab, in welcher tüchtig gekämpft wurde, da es unsere Gegner, die Hirsch-Dunder'schen Ortsvereine, welche in der Zeit, wo für die Socialdemokratie hier nichts gethan wurde, ziemlich festen Boden gewonnen hatten, an einer starken Opposition nicht fehlen ließen. Herr Grieben wurde als Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer gewählt. Ueber

den ersten Punkt der Tagesordnung (die gegenwärtige Geschäfts-krisis) referierte Herr Küster aus Berlin. Redner beleuchtete den Ursprung der heutigen Krise, hob besonders hervor, wie die Speculation mit Grund und Boden einen großen Theil der Schuld daran trage und zeigte an Beispielen, wie durch den Kauf und Verkauf der neuerbauten Häuser der Kapitalist sein Kapital auf dem Wege der Speculation zu verdoppeln suche, so daß dadurch die Miethen und Lebensmittel für den Arbeiter immer höhere Preise erreichen müssen. Dann kam Redner auf die Selbsthilfe zu sprechen; dabei betonte er, daß dem Arbeiter jeder Weg zur Selbsthilfe abgeschnitten würde, indem man seinen Verdienst den er nach Hause trage, wieder aus ihm herausprelle. Durch Aufsparen der verdienten Groschen sei eine Selbsthilfe unmöglich, und schließlich in besonders bedauerlichen Fällen bleibe dem Arbeiter nur eine einzige Art der Selbsthilfe d. i. der Selbstmord. Hierauf erhielt Herr Gröbel aus Berlin (vom Ortsverein) das Wort. Derselbe wollte beweisen, daß der Arbeiter nur durch Selbsthilfe empor kommen könne, und daß er mit seinen Ersparnissen ebenfalls speculiren könne, um sich eine sichere Existenz dadurch zu verschaffen. Zugleich erklärte aber der Redner, ein Jeder könne nicht empor kommen, weil ihm die geistigen Mittel dazu fehlen, daß es daher Schuldigkeit der Arbeiter wäre ihre Kinder in Schulen mit eigenen Mitteln bilden zu lassen — durch Staatshilfe, wie dieselbe von den Socialisten gepredigt werde, sei nicht zu helfen, da der Staat dann nur für Findelhäuser zu sorgen hätte, und die Kinder dadurch den Eltern gänzlich entrispen würden. Hierauf erhielt Herr Keitel aus Berlin das Wort. — Derselbe bewies, wie es dem Arbeiter unmöglich sei, seine Kinder aus eigenen Mitteln bilden zu lassen, weil ihm das Nöthigste dazu fehle; daß sehr viele Kinder gute geistige Anlagen besitzen, dieselben aber nicht entwickeln können, sei Thatsache; die Behauptung, die Socialdemokratie wolle die Kinder in Findelhäusern unterbringen, widerlegte er als unwahr, es strebe dieselbe nur, wie im Programm gesagt ist, nach allgemeiner und gleicher Volkserziehung durch den Staat, allgemeiner Schulpflicht und unentgeltlichem Unterricht in allen Bildungsanstalten. Auch der zweite Punkt der Tagesordnung wurde erst nach längerer Debatte erledigt. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der überwachende Polizei-Sergeant Anstand genug besaß, um während der Debatte in der Nähe des Buffet selbst Stöckel zu veranlassen, indem er mit mehreren Gästen zu streiten anfing, welcher von den Rednern die Wahrheit spreche. Das Resultat war für die Versammlung ein günstiges, indem zum Schluß nach Aufforderung des Herrn Scheier eine größere Anzahl der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands beitrug. Trotz der langen Zeit, in der keine Versammlung stattfand, hatten die Anhänger unserer Partei die weit überwiegende Majorität. Und nun Arbeiter Spandau! Ich fordere Euch auf im Namen der Gesinnungsgenossen, einzutreten in den Kampf für die Besserung der Arbeiterlage! Schreiet nicht zurück vor den Maßregelungen, welche Euch drohen, immer fester knüpft das Band, welches uns umschließt. Ein Jeder, welcher unsere gerechten Forderungen kennt, agitire unter seinen Mitarbeitern um eine gleiche Gesinnung, ein gleiches Streben unter der Gesamtarbeiterschaft zu erzielen. Der Sieg bleibt nicht aus; immer fester und in dichter Phalanx dem Feinde entgegenmarschiren, keine Hindernisse scheuen, die uns entgegenstehen — nur dann können wir getrost in eine glückliche Zukunft blicken! Wilhelm Kubisch.

Nächsten Sonntag wieder eine Versammlung. Tagesordnung: Staatshilfe und Selbsthilfe.

Halle, 17. Sept. (An die Abonnenten des „Neuen Sozialdemokrat“ und „Volkstaat“.) Mit dem 1. October beginnt ein neues Abonnement auf die Parteiorgane. Der Quartalswechsel verursacht uns noch immer Schwierigkeiten in Bezug auf Beschaffung der nöthigen Geldmittel zum Post-Abonnement. Wir ersuchen deshalb die Leser uns recht zahlreich durch Vorauszahlung des Abonnementsbetrages, bis spätestens den 25. September, zu unterstützen, damit wir unsere schwierige Aufgabe zum Besten der Sache und im Sinne aller Leser zu lösen im Stande sind. Neue Abonnenten mögen sich zahlreich melden und werden in jeder Versammlung aufgenommen. Blätter, die nicht bis zum 25. Sept. abbestellt sind, werden fortgeliefert.

Die Zeitungskommission. **H. A.: Hugo Ködiger.**
Goldschäfer, 12. Sept. Für die abgebrannten Parteigenossen hier sind eingegangen: Arnstadt, vom Holzarbeiter-Stiftungsfest durch Sülle Mart 12,60. Durch Johann Kappler aus Coburg 4,12. Die hiesigen Parteigenossen sprechen dafür ihren Dank aus. Weitere Beiträge nimmt entgegen Ehr. Weiß in Goldschäfer Nr. 22, bei Suhl.

Stuttgart, 13. Sept. Seit dem 22. v. M. befinden wir uns nach großen Verdrüß der Nationalliberalen in angelegter Wahl-Agitation. Der Wahlkreis umfaßt 32 größere und kleinere Ortschaften, von denen die bedeutenderen wiederholt besucht werden müssen. In lobenswerther Weise unterstützen uns die Esslinger Parteigenossen resp. Morlok und Mangold, ebenso ist auf Einladung Hackenberger aus Pforzheim thätig gewesen. — Jeden Sonntag Morgens und Mittags ziehen die Parteigenossen in einzelnen Trupps zu den verschiedenen Thoren der Stadt hinaus nach ihren Bestimmungsorten und finden bei der Landbevölkerung eine günstige Aufnahme. An einzelnen Orten haben einige National-liberale versucht, die Versammlungen zu stören, jedoch mußten sie sich jedesmal, moralisch geschlagen, beschämt zurückziehen. Sie haben offen eingestanden, einer solchen Agitation, wie die Sozialisten sie entfalten, nicht fähig zu sein. Und warum sind sie es nicht? Weil sie sehr gut wissen, daß der Boden unter ihren Füßen schwankt! Aber sie verlassen sich auf ihre alten bewährten Freunde und Bundesgenossen, die Herren Schultheißen nebst deren Polizeidienern, welche in letzter Stunde, den Tag vor der Wahl, die Stimmzettel von Haus zu Haus tragen müssen. Wie verlautet, soll kurz vor Thorschluss die Volkspartei, welche anfänglich passiv verbleiben wollte, sich entschlossen haben, auch einen eigenen Candidaten anzustellen. Und kann dies gleichgültig sein, denn über kurz oder lang geht die Volkspartei doch den Weg alles Fleisches. Unser mächtiger Gegner ist die national-liberale, die sog. reichsfreundliche Partei, welche aber trotzdem mit ihrer ganzen Reichsfreundlichkeit in der Agitation die nur denkbar schlechtesten Geschäfte macht. Von jetzt bis zum Tage der Wahl aber müssen wir unsere Anstrengungen noch verdoppeln. Die Parteigenossen, welche schon einmal eine ähnliche Campaigne durchgemacht, werden wissen, mit welchen Mühen und Opfern, zumal in gebirgiger Gegend, eine solche Agitation verbunden ist, und wir erwarten, daß dieselben uns wie bisher, so auch bis zu Ende treu zur Seite stehen werden.

Alle Gelder sind zu senden an den Cassirer des Arbeiter-Wahl-Comités Herrn H. Reichardt, Büchsenstraße 40, I.

Bremen, 6. Sept. (Volkversammlung.) Heute hielten wir hier eine Volkversammlung ab, worin Herr Brack aus Braunschweig einen Vortrag halten wollte. Das Lokal, worin die Versammlung stattfand, war überfüllt. In das Bureau wurden

die Herrn Kohnen als erster, Kühn als zweiter Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer gewählt. Leider war jedoch der Referent verhindert worden, wie uns in einer Depesche aus Bremerhaven, welche vom Vorsitzenden verlesen wurde, angezeigt wurde. Herr Fried mußte deshalb die Lücke ausfüllen. Derselbe legte dann in seinem Vortrage über Kapital und Arbeit alle Fesseln der heutigen Gesellschaft bloß und entwickelte in klarer und verständlicher Weise die Vorschläge der Sozialdemokratie, die jegliche Gesellschaft in eine sozialistische umzugestalten. Der Redner erntete nach seinem Vortrage den ungetheilten Beifall der Versammlung. Ein Antrag zur Kellersammlung wurde angenommen. Auch wurden durch diese Versammlung wieder mehrere neue Mitglieder gewonnen, und ein uns unbekannter Herr übergab dem Bureau 3 Mk. zu Vereinszwecken. Nach seinem Namen befragt, meinte er, der Ihne nichts zur Sache. Dem Unbekannten hiermit unsern Dank.

Mit Brudergruß. **E. Lohse, Schriftführer.**

Hamburg, 5. Sept. Abrechnung über sämtliche beim Comité eingegangenen Gelder für die Copenhagener und Achmer Cigarrenarbeiter. Von Fabriken an das Comité abgeliefert 70,84, durch Sammelbogen eingegangen 163,55 (von letzteren in Dittensen durch Hoffmann 19,12 gesammelt) zusammen 234,39. Ausgaben: An Kotikamp in 5 Raten abgeliefert 183,62. Nach Achim gesandt in 2 Raten 49, für Papier und Porto 1,20, zusammen 233,82, bleibt Rest 57 Pf. Revidirt und für richtig befunden durch die Revisoren D. Schultz, W. Eisner, Meier.

Mit Gruß. **B. Burmeister, J.**

Portmund, den 10. Sept. Die Bewegung unter den Bergarbeitern geht unaufhaltsam vorwärts. Der Achenbach'sche Erlaß — Reducirung der Löhne — hat den Anstoß zu einer regen Agitation gegeben. Hier und in der Umgegend wurden seit Monaten Bergarbeiterversammlungen abgehalten, Localcomités gewählt u. Am Sonntag, den 5. September, fand die seit längerer Zeit für hiesige Gegend bekannt gegebene Rheinisch-Westfälische Bergarbeiter-Conferenz statt, und zwar von Morgens 11 bis 2 Uhr und von Mittags 3 bis Abends 6 1/2 Uhr. Die Konferenz hatte die Tages-Ordnung zu lösen: „Feststellung eines Statuts für den zu bildenden Allgemeinen Bergarbeiter-Verein“. Es waren zu der Konferenz Delegirte erschienen aus den Kreisen Essen, Dortmund, Dortmund, sowie ein Delegirter aus dem Königreich Sachsen. Im Uebrigen war die Betheiligung von Seiten der Bergleute eine sehr rege, und ist daraus zu ersehen, daß sich die Bergarbeiter überzeugen haben, daß eine Vereinigung zu einem großen Ganzen nur im Interesse der Bergarbeiter liegt. Die Feststellung der Statuten rief im Anfange eine lebhafteste Debatte über einzelne Paragraphen hervor und fand eine allseitige Betheiligung an der Debatte statt.

Durch Feststellung der Statuten für einen Allgemeinen Bergarbeiter-Verein ist nunmehr ein großes Hindernis zu der Vereinigung gefallen und muß es eine Ehre für jeden Bergmann sein, sich dem Allgemeinen Bergarbeiter-Verein anzuschließen. Die Statuten werden am nächsten Sonntag von einer dazu gewählten Commission redactionell corrigirt und alsdann dem Druck übergeben, dann geht es mit neuem Eifer in den Kampf zur Erreichung des Zieles.

Der Delegirte aus Sachsen überbrachte die Grüße der dortigen Bergarbeiter und gab zugleich eine Schilderung der Zustände und Arbeiterverhältnisse der dortigen Kameraden, woraus zu ersehen, daß die Bergleute in Sachsen und Rheinland-Westfalen an ein und demselben Uebel leiden.

Wir rufen den Bergarbeitern Rheinland-Westfalens zu: Erkennt Eure traurige Lage und theiligt Euch an dem großen Einigungs- und Befreiungswerke durch massenhaften Beitritt zum Allgemeinen Bergarbeiter-Verein.

Wir wollen auf Erden schon glücklich sein,
Wir wollen nicht mehr darben,
Berschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

Der Lohn für den Eifer, mit welchem das Bergarbeiter-Comité für die Rechte seiner Genossen eintritt, ist nicht ausgeblieben: die Mitglieder sind überall gemagregelt worden und erhalten nur auf einer einzigen Gewerkschaft Arbeit und zwar auf einem englischen Werke. Sollten sie auch da abgelehrt werden, so wollen sie auf der Straße oder sonst wo arbeiten, um das angefangene Vereinigungswerk zu vollenden. — Die hier erscheinende „Westfälische freie Presse“ soll Eigentum des Bergarbeiter-Vereins werden. Dieses Blatt wurde am 1. Juli fast ausschließlich von Bergarbeitern gegründet, es begann mit 600 Abonnenten und zählt jetzt gegen 1400 Abonnenten. Auch sonst herrscht hier reges Leben. Jede Woche finden öffentliche Versammlungen statt, so z. B. war Montag, d. 6. Sept., Volksversammlung, in welcher Dreesbach über Leben und Wirken Lassalle's sprach. Dienstag, den 7. Sept., eine Zimmerer-Versammlung; die hiesigen Zimmerer haben sich dem allgem. deutschen Zimmererverein angeschlossen, der hier ca. 150 Mitglieder zählt. Donnerstag, den 8., hatten wir Maurer-Versammlung, in der ebenfalls Dreesbach referirte.

Zürich. Wie die Arbeiter anfangen, überall sich zusammenzufinden, um gemeinschaftlich die Arbeiterfrage fördern zu helfen, so haben auch wir hier in Zürich uns vor etwa 6 Monaten zusammengeschlossen und einen Fachverein der Schlosser in's Leben gerufen, verbunden mit einem unentgeltlichen Arbeitsnachweis-Bureau, von dem aber bis auf den heutigen Tag ein Theil der hiesigen Meisterschaft (Meisterverein) durchaus nichts wissen will; dieser Verein hat nun ein eigenes Arbeitsnachweis-Bureau gegründet, welches sich in der „Herberge zur Heimat“ befindet, wo bis heute die Fremden sehr viel verkehren und dadurch der Meistern Arbeitsnachweis-Bureau benützen und sich folgedessen nicht an ihre Kollegen wenden, die doch auch für ihre Besserstellung aufstehen.

Nun diesem Uebelstande abzuweichen und die Arbeiter mehr und mehr zu einem Ganzen zusammenzuführen, ersuchen wir alle Kollegen, welche nach Zürich kommen, sich unseres Arbeitsnachweis-Bureaus in ihrem eigenen Interesse zu bedienen; dasselbe befindet sich im Gasthof zum „goldenen Stern“ am Tonhalleplatz, woselbst auch das Vereinslokal sich befindet; auch ist der Gasthof zum Ueberrichten sehr geeignet.

D. Wolters, Präsident.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Kopenhagen, d. 14. Sept. Wie die Leser des „Volkstaat“ wohl wissen, haben die Tabakarbeiter hier in Kopenhagen neulich einen großen Sieg gewonnen. Es ist die allgemeine Meinung der Tabakarbeiter, daß dieser Sieg wesentlich der großartigen Unterstützung, welche der Streik bei unsern deutschen Brüdern gefunden hat, zu verdanken ist, und wir freuen uns darauf, unsern Dank einst auf ähnliche Weise abtragen zu können. Nachdem dieser Sieg durchgesetzt war, machten die Cigarrenarbeiter in

Friedericia in Jütland ebenfalls Streik. Dieser dauerte nur 2 Tage und endigte auch mit einem Siege für die Arbeiter.

Ein anderer Streik, nämlich der der Schiffszimmerer, welcher im Monat April ausbrach, scheint kein Ende finden zu wollen. Die Direction der vereinigten Schiffswerften hat allerlei Kniffe gebraucht, um die Einigkeit der Arbeiter zu brechen, aber es ist nicht geglückt. Noch hat kein einziger Arbeiter seine Verpflichtungen den Kameraden gegenüber gebrochen. Es stritten 270 Mann, aber der größte Theil hat andere Arbeit (nicht Schiffszimmerarbeit) erhalten. Dieser Streik hat keine Unterstützung im Auslande erhalten.

Den 28. August wurde in Aarhus in Jütland ein Arbeiterfest zu Ehren der aus dem Gefängnisse entlassenen Arbeiterführer Pio, Seless und Briz abgehalten. Die beiden erstgenannten waren anwesend, Briz, der sich im Gefängnisse eine lebensgefährliche Krankheit zugezogen hat, mußte aus diesem Grunde zu Hause bleiben. Wir zählten ungefähr 3000 Festtheilnehmer, und weil die Behörden allerlei Hindernisse in den Weg legten, muß dies als ein großer Erfolg betrachtet werden.

Seitdem die obengenannten Arbeiterführer wieder an die Spitze der Arbeiterbewegung getreten sind, hat diese einen neuen Aufschwung erhalten. Ein Zeugniß davon ist, daß das Tageblatt „Socialdemokraten“ in dieser Zeit ungefähr 2000 neue Abonnenten gewonnen hat.

In den letzten zwei Jahren ist es uns unmöglich gewesen, Lokale zu unseren Versammlungen zu finden. Diejenigen, welche uns zu Gebote stehen, fassen nur einige hundert Menschen. Die Tanzsäle können wir nicht mehr miethen, weil unsere lebenswürdige Polizei die Besitzer am Kragen hat. Aus diesem Grunde haben wir beschloßen uns ein eigenes Gebäude zu kaufen oder zu bauen. Da ein solches Vorhaben eine bedeutende Summe beansprucht, wird es wohl ein paar Jahre dauern, bevor wir unser Ziel erreichen.

Hera, 9. Sept. Am 7. September fand hier eine allgemeine Versammlung der Zimmerer statt. Die Tages-Ordnung war: „die Lage des Arbeiterstandes und die Organisation der deutschen Zimmerer“, Referent B. Pfeifer aus Hamburg. Derselbe erledigte das Thema in einem 2 Stunden langen, gezielten Vortrag; er wies auf den früheren Zusammenhalt der Zünfte hin, verglich diese mit der Jetztzeit, in der wir immer mit dem freien Gewerbebetrieb getrübt werden, und uns immer Sand in die Augen gestreut wird. Jetzt sei der Arbeiter nicht besser gestellt als früher, sondern nur der Grobbetrieb im Vortheil. Ferner wies Referent darauf hin, daß bloß durch Vereinigung unsere Lage gebessert werden könne, und daß die Organisation der deutschen Zimmerer allein diesem Zwecke diene. Dann forderte er die Zimmerer auf, einzutreten in den Verein. Dieser Aufforderung kamen auch circa 20 Mann nach. Und nun, Kameraden, die ihr noch nicht organisiert seid, tretet ein in den Verein der deutschen Zimmerer, trage ein Jeder sein Schärlein bei, damit die Wandervögel und Streikenden unterstützt werden können, dann wird es uns auch ein Leichtes sein, unsere Gegner zu besiegen.

Mit Gruß. **Julius Martin, Bevollmächtigter.**

Briefkasten

der Redaktion: Dem Verf. des Gedichts „Eine Wählerversammlung“: Ist es lokal für den „Volkstaat“; die auswärtigen Leser würden uns Vorwürfe machen; erst wenn wir ein eigenes Lokalblatt haben, können wir den Leipziger Botencomittees gebührende Aufmerksamkeit schenken. Fr. Klm. Bremen: Soll das, was Sie uns eingesandt haben, im Namen des Allgem. Deutschen Schneidervereins veröffentlicht werden? W. in Hof und mehrere Andere: wollten wir über jeden Ort berichten, wo das „Sebanfest“ in's Wasser gefallen ist und die Nordpatrioten sich blamirt haben, so müßten wir unser Format vergrößern; dagegen sind wir gern bereit aber jeden Ort ausführlich zu berichten, wo dies nicht geschehen ist. Nur haben wir bis jetzt keinen gefunden.

Son J & M London Ab. 20,40. Knicht B Gynia Ab. 1,09. Pkt Gophia Schr. 3,00. Wahlcomité hier Ann. 0,90. Agitationscomité hier Ann. 1,50. Arb. Part. hier Ann. 3,80. A Schly Sorau Schr. 10,80. Mkr hier Ab. 36,00, Schr. 3,90.

Berlin Donnerstag, den 23. September, Abends 8 Uhr, Sophienstraße 15: **Berliner Versammlung** der Abonnenten des „Neuen Sozialdemokrat“ und „Volkstaat“. Ist es zweckmäßig, den Sozial-Demokrat für Berlin täglich erscheinen zu lassen? Die Agitations-Buchdruckerei in Berlin. Ref. Hasselmann. — Dienstags-Nr. legitimirt **Aug. Heinsh. [70]**

Leipzig Freitag, den 24. September, Abends halb 9 Uhr, große Windmühlstr. Nr. 7: **Versammlung**. NB. In diesem Abend ist es notwendig, daß Keiner fehlt! B. [40]

Leipzig Sonntag, den 26. September, Abends halb 7 Uhr, im Saale des Herrn Jacobi, Rosenhalsgasse: **Gesellige Zusammenkunft**, verbunden mit Tanz. Kollegen und Gesinnungsgenossen sind freundlichst eingeladen. (2a) **Das Comité. [175]**

Leipzig Donnerstag, den 23. September, Abends halb 9 Uhr, im Gosenhof: **Sozialisten-Versammlung**.

L.-O.: 1) Die orientalische Frage und der Kausstand in der Herzogewina. Ref. Liebknecht. 2) Fragelasten. Die Parteigenossen werden erucht, von nun an jedesmal die Lieberbacher mitzubringen. **Der Agent. [70]**

Soben ist erschienen: **Ph. Becker: Stunden der Andacht.** Lieferung 12. Preis 20 Pf.

Leipzig Partei- und Gesinnungsgenossen, welche gesonnen sind, dem einzigen hier bestehenden Gesangsverein unserer Richtung beizutreten, werden gebeten, recht zahlreich in den Gesangsstunden des Arbeiterbildungsvereins, die Montag und Donnerstag von halb 9 Uhr stattfinden, sich einzufinden. **Rebrere Sänger. [125]**

Stellungsgebuch

Für eine 18jähr. Tochter suche ich möglichst pr. 1. Octbr. Stellung im Comptoir einer Buchhandlung oder in einem sonstig kaufmännischen Geschäft. — Beste Zeugnisse von der Handelshochschule des Herrn Dr. Wagner, sowie der Buchhandlung, auf deren Comptoir meine Tochter 6 Viertel Jahr gearbeitet hat, stehen zu Gebot. **Kaderweilige Geschäftsdispositionen veranlassen einen Stellungswechsel.**

Leipzig, den 20. Sept. 57. **W. Liebknecht, Braunk. Nr. 11. [250]**

Unserem wackeren Kampfgenossen und Freunde W. Ehrhardt zu seinem 83. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche und Brudergrüße. Er möge anstehen bei der rothen Fahne so mächtig und getreu wie bisher, es werden unerschütterlich ihm zu Seite stehen. **die Petroliere von Lützenwalde. [125]**

Beantwortlicher Redakteur: **D. Rindt** in Leipzig. Redaktion Hobestraße 4, Expedition Zeigerstraße 44, in Leipzig. und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.